Beschlussvorlage

Grundraster zur Konzeption für Partizipation, Selbstvertretung, Beschwerdemanagement in betriebserlaubnispflichtigen teil- und vollstationären Einrichtungen gem. §§ 45 ff. SGB VIII (außer Tageseinrichtungen für Kinder)

Beschluss-Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das „Grundraster zur Konzeption für Partizipation, Selbstvertretung, Beschwerdemanagement in betriebserlaubnispflichtigen teil- und vollstationären Einrichtungen gem. §§ 45 ff SGB VIII (außer Tageseinrichtungen für Kinder)“ als Grundlage für die Erstellung der Konzeptionen für die benannten Bereiche der Partizipation, Selbstvertretung und des Beschwerdemanagements für betriebserlaubnispflichtige Einrichtungen gem. §§ 45 SGB VIII (außer Tageseinrichtungen für Kinder) im Landkreis Gießen. Das Grundraster zur Konzeption für Partizipation, Selbstvertretung, Beschwerdemanagement ist Bestandteil der Beschlussvorlage (Anlage).

Der Fachausschuss Jugendhilfeplanung und -entwicklung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss das von der „AG § 78 Hilfen zur Erziehung“ erarbeitete „Grundraster zur Konzeption für Partizipation, Selbstvertretung, Beschwerdemanagement in betriebserlaubnispflichtigen teil- und vollstationären Einrichtungen gem. §§ 45 ff SGB VIII (außer Tageseinrichtungen für Kinder); Stand Dezember 2023“ zuzustimmen und die Umsetzung zu beschließen.

Begründung:

2012 legte der Gesetzgeber im Bundeskinderschutzgesetz fest, dass Träger einer betriebserlaubnispflichtigen Einrichtung sicherzustellen haben, dass „zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in einer Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendungen finden“ müssen (§ 45 SGB VIII Abs. 2 Nr.3; Ausgabe SGB VIII, 2012). Auf Grundlage der damaligen Gesetzesänderung hat 2014 die AG nach § 78 Hilfen zur Erziehung ein Grundraster zur Erstellung der Konzeptionen zur Partizipation und Beschwerdemanagement erarbeitet und erstellt, sowie die Vereinbarung getroffen, dass alle bestehenden und alle neuen Einrichtungen eine Konzeption entsprechend dem Raster erstellen und über das örtlich zuständige Jugendamt, dem überörtlichen Jugendamt (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration) vorlegen. (Siehe Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.09.2015)

Mit der Gesetzesänderung 2021 durch das Kinder und Jugendstärkungsgesetz wird u.a. die Verpflichtung zur Umsetzung von Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche konkretisiert und die Verpflichtung zur Anwendung von Verfahren der Beteiligung auf Verfahren der Selbstvertretung erweitert. Die AG nach § 78 SGB VIII hat die Gesetzesänderung zum Anlass genommen, dass 2014 erstellte Grundraster für Partizipation und Beschwerdemanagement zu überarbeiten und weiterzuentwickeln. Erstmals wurden in Einrichtungen lebende Kinder und Jugendliche in Form einer Befragung an der Erstellung bzw. Überarbeitung des Grundrasters beteiligt.

In der Sitzung des Fachausschusses Jugendhilfeplanung und -entwicklung am 23.01.2024 wurde das von der AG nach § 78 SGB VIII vorgelegte Grundraster befürwortet und verabschiedet. Aufgrund der Wichtigkeit der Umsetzung geeigneter Verfahren der Beteiligung, der Selbstvertretung und der Anwendung eines Beschwerdemanagement für Kinder und Jugendliche in teil- und vollstationären Einrichtungen, empfiehlt der Fachausschuss Jugendhilfeplanung und -entwicklung dem Jugendhilfeausschuss das vorgelegte Grundraster zu beschließen.

Iris Manthey
Stellv. Vorsitzende Fachausschuss Jugendhilfeplanung und -entwicklung

F.d.R.
gez. Langbehn